Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Bautzen u. der Bürgermeister zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) behördlicherseits bestimmte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, in Bischofswerda. — Postscheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich RM. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Rpf. Einzelnummer 10 Rpf. (Sonnabendnummer 15 Rpf.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einspaltige Millimeterzeile 8 Rpf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpf. Nachlaß nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 151 — **Freitag, den 2. Juli 1937** — **92. Jahrgang**

Schraube ohne Ende

Der Volksfront-Franc bleibt sich zunächst selbst überlassen, das heißt, er soll sowohl seine Kaufkraft im Inlande selbst schaffen, als auch seinen Auslandskurs feststellen. Das wird sich allerdings nicht unbegrenzt fortsetzen lassen, zumal kein Beweis dafür vorhanden ist, daß die französischen Sparer von der Güte und Sicherheit des neuen Bonnet-Franc überzeugt sind. Wie gering das Vertrauen ist, das der französische Sparer und Kapitalist in die Währungspolitik seiner Regierung setzt, ganz einerlei, wie die Regierung firmiert, das geht daraus hervor, daß der Goldhort der Bank von Frankreich in knapp zwei Jahren von 13 Milliarden Reichsmark auf 6 Milliarden Reichsmark zusammengeschrumpft ist. Vor zwei Jahren gab die Bank von Frankreich den Goldhort mit über 80 Milliarden Poincaré-Franc an, um heute, nachdem der Poincaré-Franc gegen den Volksfront-Franc ausgetauscht worden ist, bei etwas über 50 Milliarden Franc angelangt zu sein. Aber der Goldhort spiegelt nicht das Auf und Ab der verzweifelten Währungspolitik Frankreichs allein wider, denn dies Auf und Ab drückt sich vor allem in dem Mißverhältnis aus, daß die Preiswellen viel größer und stärker sind, als die Steigerung aller Einkommen und Löhne. Diese Preiswellen lassen sich nur so erklären, daß kein Franzose mehr Vertrauen zu dem Volksfront-Franc hat, daß er ihn ausgibt, wo er nur kann, um dafür Sachwerte oder Börsenpapiere zu kaufen. Wir haben das in Deutschland in den sogenannten Inflationsjahren auch erleben müssen, wobei wieder nur daran erinnert zu werden braucht, daß auch die damals einflußreichen Marxisten durch eine Besteuerung der Sachwerte glaubten, aus allen Finanzschwierigkeiten herauskommen zu können. Inzwischen wurde die Notenpresse in Bewegung gesetzt, inzwischen deckte die Systemregierung alle Ausgaben mit Hilfe dieser Notenpresse. Den Rest besorgte der Ruhreinbruch, der in seinen Folgen nicht nur die deutsche Währung und Wirtschaft zerrüttete, sondern auch die französische Währung siech und krank machte. Damals schon wurde behauptet, die von Poincaré zerrüttete Reichsmark hätte den französischen Franc angesteckt. Tatsächlich begann noch während der Ruhrbesetzung jene Franc-Krise, die später zum Sturz der Regierung Herriot sowie zur erneuten Machtergreifung Poincarés führte. Poincaré schuf zwar den Poincaré-Franc, aber die französische Währung blieb nach wie vor krank und siech.

Frankreichs kranke Währung ist wohl auch ein Ergebnis seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Finanzpolitik wagt es noch immer nicht, dem französischen Staatshaushalt eine feste Grundlage zu geben, d. h., die laufenden Ausgaben durch Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Tarifen zu decken. In Frankreich spart alles und jeder, so daß keine Kammer u. keine Partei den Mut findet, von Staats wegen in den Sparstrumpf hineinzugreifen. Unter dem Druck der Aufrüstung wuchsen und wachsen die Staatsausgaben von Jahr zu Jahr, was aber Veranlassung war und ist, diese Ausgaben durch neue Anleihen zu decken. Die Staatsanleihen sind ja bevorzugte Anlagen der französischen Sparer, was wieder erklärt, jede neue Währungsverschlechterung so lange wie möglich hinauszuschieben. Auch die Volksfront-Regierung verkündete bei den Wahlen, die ihr den Sieg brachten, feierlich, sie denke nicht an eine Abwertung des Franc, um, als sie die Macht erobert hatte, den Ausweg aus allen Schwierigkeiten durch eine erhebliche Abwertung des Poincaré-Franc zu suchen. Das geschah eigentlich viel zu spät; es geschah auch, ohne gleichzeitig den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Diese Geldabwertung sollte vor allem dazu dienen, die Mängel der französischen Sozial- und Wirtschaftsverfassung zu verschleiern, also die Tatsache zuzudecken, daß die Löhne der französischen Arbeiter verhältnismäßig niedrig waren und sind. Merkwürdig, daß die Volksfront-Regierung nicht voraussah, daß eine Geldabwertung auch zu einer Preissteigerung führen müsse, eine Steigerung, die noch viel größer sein würde als die Steigerung der Löhne und Einkommen. An der Kaufkraft gemessen, gingen die Löhne trotz der Geldabwertung immer weiter zurück, um noch weiter abzusinken, als durch die Vierzig-Stunden-Woche die wirtschaftliche Erzeugung als die eigentliche Grundlage der Kaufkraft noch weiter einschrumpfte. Mit der Geldabwertung ist es so wie mit einer Schraube ohne Ende.

Das hat Deutschland während der Systemzeit erlebt, erlebt in einer so furchtbaren Art und Weise, daß jeder Versuch der Wiederholung schrecken sollte. Zu den ersten Maßnahmen des Führers und Reichskanzlers nach der Machtergreifung gehörte es, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, sowie Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen. Die öffentlichen Finanzen starben im Winter 1932/33 nach der Wirtschaft der Regierung Brüning abermals vor einem Zusammenbruch, was heute so gut wie ganz vergessen ist. Nach dem Willen des Führers und Reichskanzlers ist ein sozialer und wirtschaftlicher Neubau in Deutschland in Angriff genommen und durchgeführt worden, ohne die sichere Grundlage der Währung anzutasten. Dabei schwamm das neue Deutschland nicht im Gelde, dabei konnte es sich auch nicht auf einen Goldhort stützen, wie das jede Regierung in Frankreich vermag. Was aber der Führer und Reichskanzler für sich einsetzen konnte und kann, das ist das unbedingte Vertrauen von Volk und Wirtschaft, denn schließlich sind es die Menschen und ihre Arbeit, die den Reichtum eines Landes ausmachen. In Frankreich wird die Schraube ohne Ende wohl noch weitergedreht werden müssen, um einen Ausgleich zu finden, es sei denn, daß sich eine Regierung stark genug fühlt, um trotz des parlamentarischen Wirrwarrs Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen. Aber das sind die Sorgen Frankreichs.

1 Franc nur noch 9 Pfg.

Nach der Wiedereröffnung der Pariser Börse wurde der internationale Handel in französischer Währung allgemein wieder aufgenommen, auch am Londoner Platze. Es trat die erwartete Abschwächung ein, jedoch gestaltete sich der internationale Verkehr sehr unsicher, da der Franc sich seinen neuen Wert selbst suchen soll, wenn auch der Ausgleichsfonds dabei Hilfe leisten wird. Aus Paris wurde das Pfund zunächst mit 122,50 (am Montag 110,50) gemeldet, später stieg es auf 124,00, in den Mittagstunden bewegte es sich in Paris und auch in London zwischen 129 und 128,12. Daraus geht hervor, daß die französische Währung sich zunächst der Pfundabwertung anpaßte, später aber über diese hinausging. Der Poincaré-Franc hatte gegenüber dem Pfunde eine Parität von 124,80.

An der Berliner Börse konnte die amtliche Notierung für Paris wieder aufgenommen werden. Die Notierung erfolgt mit 9,65 nach 11,1450 am letzten Montag.

Verschärfung des Konflikts zwischen Japan und Sowjetrußland

Sowjetflugzeuge über japanischen Stellungen — Litwinow-Finkelstein lehnt ab — Japans Botschafter verzichtet auf weitere Verhandlungen

DNB. Tokio, 2. Juli. (Ostasiendienst des DNB.) **Die halbamtliche Agentur Domei berichtet von einer neuerlichen Verschärfung der gespannten Lage am Amurfluß infolge des überraschenden Erscheinens dreier Sowjetflugzeuge über der Amurinsel Sennufa. Die Flugzeuge hätten die Insel mehrmals überflogen und sodann einen Erkundungsflug über den japanisch-mandschurischen Stellungen am rechten Amurufer unternommen.**

Dieser neuen Grenzverletzung der Bolschewisten messen die politischen Kreise in Tokio besondere Bedeutung bei, zumal den letzten Nachrichten zufolge Litwinow-Finkelstein den neuerlichen Protest des japanischen Botschafters in Moskau zurückgewiesen habe.

Die Nachrichtenagentur Domei berichtet ferner aus Moskau, daß Litwinow-Finkelstein einer eindeutigen Antwort auf das Verlangen des japanischen Botschafters nach Wiederherstellung des Status quo ausgewichen sei. Dementsprechend habe Botschafter Shigemitsu auf die Fortsetzung weiterer Unterredungen mit Litwinow-Finkelstein verzichtet und neue Instruktionen aus Tokio erbeten.

•

Der Konflikt im Fernen Osten spitzt sich überraschend schnell zu. Während man bisher Zwischenfälle zwar zum Gegenstand erregter Auseinandersetzungen machte, sich dann aber mit Entschuldigungen begnügte, ist Tokio diesmal entschlossen, sich auf keinerlei Kompromißlösungen einzulassen. Japan hat in Moskau die sofortige Zurückziehung aller in der Gegend der Kampfstätte am Amur konzentrierten sowjetrussischen Truppen verlangt, es hat diese Forderung in einer Form vorgebracht, die Moskau unruhig werden ließ, so daß man in das Fahrwasser der Nachgiebigkeit — und damit des bolschewistischen Prestigeverlustes im Fernen Osten einschwenkte. Jedoch General Blücher scheint nicht zu wollen. Von ihm geht das Gerede, daß er keine Neigung habe, sich einer Anweisung Litwinow-Finkelsteins zu fügen. Trifft das zu, dann bekommt der fernöstliche Zwischenfall noch eine besonders bemerkenswerte Note. Blücher ist schon einmal in Moskau wegen angeblicher stalinfeindlicher Einstellung festgesetzt, aber alsbald wieder entlassen worden, weil seine Freunde in Wladiwostock recht energisch wurden. Man hat ihn jetzt, als acht Generale abgehalftert und erschossen wurden, unangetastet gelassen, obwohl man sich zuflüsterte, Stalin mißtraue auch ihm. Blücher ist zu seiner Armee zurückgekehrt. Und das erste, was von ihm bekanntwird, ist die Nachricht von einem schweren Zwischenfall am Amurbogen. Sollte er die Absicht haben, die Moskauer zu ärgern und ihnen Ungelegenheiten zu bereiten? Wahrscheinlich nimmt er an, daß die Japaner über ernste Drohungen nicht hinausgehen werden, so daß er es sich schon leisten kann, einmal den Moskauern zu beweisen, wer er ist und wie er ihnen ins Handwerk zu pfuschen vermag. Die Japaner haben jedoch wiederholt gezeigt, daß ihre Geduld auch Grenzen besitzt. Möglich, daß sie von Drohungen zu Taten schreiten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, möglich aber auch, daß Blücher im letzten Augenblick zurückweicht und den Kreml-Befehlen gehorcht. Dann wäre das wieder eine Einbuße seines Prestiges. Nach Lage der Dinge kann er aber derartige Einbußen zur Zeit nicht im geringsten vertragen, laufen doch in Moskau genug Leute herum, die nur darauf warten, um gegen ihn zu intrigieren.

Neue sowjetrussische Grenzverletzungen auf dem Amur

50 Sowjetschiffe zusammengezogen — Tokio wartet noch ab

DNB. Tokio, 2. Juli. (Ostasiendienst des DNB.) **Nach den letzten Berichten aus Hsinking entwickelt sich die Lage auf dem Amur infolge der ununterbrochenen sowjetrussischen Uebergriffe und Provokationen immer ernster. Fünf sowjetrussische Kanonenboote sind erneut in mandschurisches Hoheitsgebiet eingedrungen und kreuzen in der Nähe der zu Mandschukuo gehörigen Insel Kanchazu (Sennuffa), ferner meldet der Berichterstatter der Tokioter Zeitung Asahi Shimbun aus Tsitsikar, daß die Sowjets außer den zehn Kanonenbooten, die, wie bereits berichtet, in das strittige Gebiet entsandt wurden, weitere 40 Schiffe herbeibeordert haben, so daß insgesamt 50 (!) sowjetrussische Kriegsfahrzeuge zusammengezogen seien. Es soll sich dabei um 10 1000-Tonnen-Fahrzeuge, die mit vier 12-Zentimeter-Geschützen bestückt sind, ferner 10 200-Tonnen-Kanonenboote und 30 Patrouillenboote handeln.**

In Tokio ist man bemüht, trotz der sowjetrussischen Drohungen die Ruhe zu bewahren und einer weiteren Verschärfung der Lage nach Möglichkeit entgegenzuwirken. In einer Besprechung, die Ministerpräsident Prinz Konoe mit dem Außenminister Hirota, dem Kriegsminister Sugiyama und dem Marineminister Yonai am Donnerstag hatte, wurde, wie verlautet, beschlossen, gegenüber der Lage am Amur eine Haltung „aufmerksamen Abwartens" einzunehmen u. es zunächst dem Botschafter Shigemitsu zu überlassen, durch diplomatische Verhandlungen in Moskau die Zwischenfälle beizulegen u. die von Litwinow-Finkelstein versprochene Räumung der beiden widerrechtlich besetzten Amurinseln durchzusetzen.

Tokio besteht auf der bedingungslosen Räumung

Die Unzuverlässigkeit der Sowjets in der Erfüllung übernommener Verpflichtungen

DNB. Tokio, 2. Juli. (Ostasiendienst des DNB.) **Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird der Standpunkt Japans im Konflikt mit der Sowjetunion als unverändert bezeichnet. Tokio bestehe auf der umgehenden Erfüllung der von Litwinow-Finkelstein zugesicherten Rolle der Amurinseln und verlange, daß diese Maßnahme bedingungslos durchgeführt werde. Japan lehne es ab, über die gleichzeitige Zurückziehung der japanischen Truppen auf dem gegenüberliegenden Amurufer zu verhandeln. Mandschukuo bestehe auf seinen Besitzrechten über die beiden Inseln, überlasse allerdings die endgültige Regelung dieser Frage einem Einvernehmen, das nach Herstellung des Status quo angestrebt werden könne.**

Wie weiter von halbamtlicher Seite mitgeteilt wird, kann das Auswärtige Amt in Tokio keine Zusagen in der Richtung machen, daß die Amurinseln nach der erfolgten Räumung durch die Sowjettruppen nicht von der japanischen Armee besetzt würden, weil auf Grund der japanischen Verfassung das Oberbefehlsrecht über militärische Bewegungen allein dem japanischen Kaiser zusteht.

Die halbamtliche Nachrichtenagentur Domei, die Presse und die politischen Kreise beurteilen die Lage wenig optimistisch, hoffen aber trotzdem auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes durch die sofortige Räumung der Inseln.

In ihrer Stellungnahme zu den Zwischenfällen schreibt die Zeitung „Tokyo Asahi Shimbun", daß in Deutschland und Italien der japanische Standpunkt gegenüber Moskau erfreulicherweise voll gewürdigt werde.

Die Zeitung „Tokyo Nichi Nichi" warnt die Sowjetunion, die Gelegenheit zur Lokalisierung der Zwischenfälle vorübergehen